

Unternehmen und Strafe

Vorsorge- und Krisenmanagement

Herausgegeben von

Dr. Gerd Eidam

Rechtsanwalt und Mediator in Burgwedel

Unter Mitarbeit von

Kirsten Böök

Leitende Ministerialrätin, Niedersächsisches Justizministerium Hannover

Raimund Weyand

Oberstaatsanwalt, Staatsanwaltschaft Saarbrücken

5., neubearbeitete und erweiterte Auflage

Carl Heymanns Verlag 2018

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 5. Auflage	V
Vorwort zur 1. Auflage	IX
Inhaltsübersicht	XI
Inhaltsverzeichnis	XIII
Abkürzungsverzeichnis	XXIII
Literaturverzeichnis	XXXI
Kapitel 1 Unternehmen im Zeitalter der Dienstleistungswirtschaft	1
A. Stichwort: Spezialisierung	3
B. Stichwort: Just-in-time (j. i. t.)	3
C. Stichwort: Risiko	4
D. Stichwort: Leistungs- und Entscheidungsdruck	10
E. Stichwort: Unternehmen und Gesellschaft	11
Kapitel 2 Die »Schauplätze«	13
A. Wirtschaft und Industrie	13
B. Unternehmen und Betrieb	14
I. Betriebswirtschaftliche Betrachtung	15
II. Juristische Betrachtung	15
C. Die Gerichte	20
I. Das Amtsgericht	21
II. Das Landgericht	23
III. Das Oberlandesgericht (OLG)	25
IV. Der Bundesgerichtshof (BGH)	26
D. Öffentlichkeit und Medien	28
I. Öffentliche Reaktionen auf Ermittlungs- und Strafverfahren gegen Unternehmensangehörige	29
II. Der Einfluss der Medien auf die Strafrechtspflege	37
Kapitel 3 Die Betroffenen im Unternehmen	41
A. Unternehmer – Manager – Führungskräfte	41
I. Der historische Hintergrund	41
II. Wirtschaftliche Betrachtung	43
III. Juristische Betrachtungsweise	44
IV. Leitende Angestellte – Führungskräfte	45
B. Aufsichtsrat	47
I. Der Aufsichtsrat der Aktiengesellschaft (AG)	47
II. Das Aufsichtsorgan der GmbH	49
C. Betriebsbeauftragte	50
I. Die Umweltschutzbeauftragten	51
II. Der betriebliche Datenschutzbeauftragte	59
III. Der Sicherheitsbeauftragte und Fachkräfte für Arbeitssicherheit	60
IV. Compliance-Beauftragte, auch Compliance-Officer genannt	61
V. Der Geldwäsche-Beauftragte	63
D. Zusammenfassung und strafrechtliche Würdigung	66
E. Spezialfall »Amtsträger«	68
I. Begriff	68
II. Aktuelle Entwicklung	73
III. Exkurs: Amtsträger als Garant	74

Kapitel 4 ... und Strafe.	78
A. Zivilrecht – Strafrecht: Unterscheidungsmerkmale	79
I. Bestimmtheitsgebot und Vertragsfreiheit	79
II. Stichwort: Der unbestimmte Rechtsbegriff – die Technikstandards.	82
III. Leistung und Strafe.	84
IV. Liberalitätsprinzip und Legalitätsprinzip.	84
V. Faktor Zeit.	84
VI. Beweisführung.	85
VII. Individuelle Haftung.	85
B. Die Straftat.	86
I. Der Aufbau der Strafvorschriften.	88
II. Die tatbestandsmäßige Handlung	95
III. Vorsatz/Fahrlässigkeit	100
IV. Der Versuch.	105
V. Die Rechtswidrigkeit und Rechtfertigungsgründe	106
VI. Schuld.	108
VII. Strafe	109
VIII. Verjährung im Strafrecht; Bundes- und Gewerbezentralregister	112
IX. Verlauf eines Strafverfahrens	123
C. Ordnungswidrigkeitenverfahren.	124
I. Darstellung	124
II. Verjährung im Ordnungswidrigkeitenrecht.	128
III. Der Verlauf eines Ordnungswidrigkeitenverfahrens (Bußgeldverfahren).	131
D. Die Täter im Strafrecht.	132
I. Täterschaft und Teilnahme.	132
II. Formen der Täterschaft	132
III. Mittäterschaft.	133
IV. Mittelbarer Täter	134
V. Teilnahme	137
VI. Exkurs: Die Sachverständigen-Entscheidung.	141
Kapitel 5 Die zivil- und strafrechtliche Verantwortlichkeit im Unternehmen	146
A. Vorbemerkung	148
B. Zivilrechtliche Verantwortlichkeit im Unternehmen	149
I. Die Haftung des Unternehmens	149
II. Haftung des Vorstands einer AG gegenüber dem Unternehmen	150
III. Haftung des Geschäftsführers einer GmbH gegenüber dem Unternehmen	158
IV. Haftung von Vorstand bzw. Geschäftsführer gegenüber Dritten	163
V. Die Haftung des Aufsichtsrats gegenüber der eigenen Gesellschaft	170
VI. Die Haftung des Aufsichtsrats gegenüber Dritten.	175
VII. Haftung des Verwaltungsrats einer deutschen SE gegenüber der eigenen Gesellschaft.	175
VIII. Haftung der geschäftsführenden Direktoren einer deutschen SE gegenüber der Gesellschaft	176
IX. Haftung des Verwaltungsrats und der geschäftsführenden Direktoren einer deutschen SE gegenüber Dritten	177
X. Stichwort: Corporate Governance	177
XI. Die Haftung leitender Angestellter gegenüber ihrem Unternehmen	189
C. Strafrechtliche Verantwortlichkeit im Unternehmen	190
I. Die echte Delikthaftung.	192
II. Unterlassungsdelikte	192
III. Die sogenannte Vertreterhaftung.	221

IV.	Die sogenannte Beauftragtenhaftung (Substitutenhaftung) gemäß §§ 14 Absatz 2 StGB, 9 Absatz 2 OWiG	227
V.	Die eigenständigen, mit Buße belegten Aufsichtspflichtverletzungen (§ 130 OWiG)	233
VI.	§ 30 OWiG, die sogenannte Verbandsgeldbuße.	248
VII.	Das neue strafrechtliche Vermögensabschöpfungsrecht	274
VIII.	Auf dem Weg zu einem Strafrecht für Unternehmen – aktueller Stand	303
Kapitel 6 Die Strafbarkeit von Unternehmen – Ein internationaler Überblick		308
A.	Deutschland – Eine Zusammenfassung.	309
B.	Europäische Staaten	318
I.	Europäische Gemeinschaft/Europäische Union	319
II.	Europarat	323
III.	Österreich	323
IV.	Schweiz	332
V.	Liechtenstein	339
VI.	Frankreich	340
VII.	Niederlande	344
VIII.	Belgien	345
IX.	Luxemburg	346
X.	Dänemark	347
XI.	Norwegen	348
XII.	Schweden	348
XIII.	Finnland	348
XIV.	Großbritannien	349
XV.	Irland	354
XVI.	Italien	354
XVII.	Spanien	355
XVIII.	Portugal	357
XIX.	Polen	358
XX.	Ungarn	358
XXI.	Russische Föderation	359
XXII.	Tschechien	361
XXIII.	Slowakei	362
XXIV.	Rumänien	362
XXV.	Ukraine	363
XXVI.	Weitere europäische Staaten	364
C.	Außereuropäische Staaten	364
I.	Australien	364
II.	China	365
III.	Indien	366
IV.	Japan	366
V.	Kanada	367
VI.	Vereinigte Staaten von Amerika	368
VII.	Weitere Staaten	373
D.	Das Verbot der Doppelbestrafung in den Schengen-Staaten	374
I.	Regelung des Doppelbestrafungsverbots in Deutschland	374
II.	Entwicklung des europäischen Doppelbestrafungsverbots	375
III.	Die vier Voraussetzungen des europäischen Doppelbestrafungsverbots	376
IV.	Vorabentscheidungsverfahren vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) ...	380
V.	Artikel 54 Schengener-Durchführungs-Übereinkommen (SDÜ) als Instrument der Verteidigung	383

E.	Unternehmensvölkerstrafrecht?	384
F.	Anhang: Entwurf eines Gesetzes zur Einführung der strafrechtlichen Verantwortlichkeit von Unternehmen und sonstigen Verbänden	389
I.	Problem und Ziel	389
II.	Lösung.	390
III.	Alternativen.	391
Kapitel 7 Organisation und Delegation im Unternehmen – Formen und Auswirkungen		399
A.	Gelebte Organisation	402
B.	Organisationsformen	404
I.	Das Leitungssystem (Einliniensystem)	405
II.	Das Funktionssystem (Mehrliniensystem).	406
III.	Das Liniensystem mit Querkfunktion	407
IV.	Matrixorganisation	407
V.	Matrixorganisation bei Produktmanagement.	408
VI.	Die Organisationsform des Lean Managements.	409
VII.	Von der Pyramide zum Netzwerk	412
C.	Verantwortung kraft speziellem Organisationsplan	413
D.	Die strafrechtliche Verantwortung der Mitarbeiter anhand des Unternehmensorganigramms – Beispiel.	418
E.	Delegation	420
I.	Die Generalverantwortung der Geschäftsleitung	423
II.	Verantwortung kraft funktioneller Sachzuständigkeit	429
III.	Verantwortung kraft tatsächlichen Handelns.	430
IV.	Verantwortung aus besonderem Anlass in Ausnahmesituationen	430
V.	Gegenseitiges Vertrauen im Unternehmen	433
VI.	Strafrechtliche Verantwortung bei Kollegialentscheidungen in der Geschäftsleitung	439
F.	Die Bedeutung klarer Strukturen für das Unternehmen im Strafverfahren	446
G.	Tod durch Glaskantenschleifmaschine – Ein Beispielfall	447
I.	Organisation des Unternehmens	447
II.	Vorgehen der Staatsanwaltschaft nach Ermittlungsmethode »Bottom-up«	447
III.	Fragen der Ermittler zur Unternehmensorganisation (nach der Ermittlungsmethode »Bottom-up«)	448
IV.	Zudem staatsanwaltliche Fragen an die Aufsichtsbehörde (GAA)	448
V.	Entscheidung des Landgerichts	448
Kapitel 8 Die vier strafrechtlichen Hauptrisikobereiche des Unternehmens.		450
A.	Beispiele.	452
B.	Die erste Hauptfallgruppe: das strafrechtliche Umweltrisiko.	454
I.	Das zivilrechtliche und verwaltungsrechtliche Umweltrisiko	460
II.	Das strafrechtliche Umweltrisiko.	468
C.	Entwicklung der Umweltdelikte.	476
I.	Anstieg der Umweltschutzvorschriften	477
II.	Verwaltungsrechtsakzessorietät/Verwaltungsaktakzessorietät des Umweltstrafrechts	477
D.	Die einzelnen umweltrechtlichen Straf- und Ordnungswidrigkeitentatbestände.	479
I.	Gewässerverunreinigung – § 324 StGB	479
II.	Bodenverunreinigung – § 324a StGB.	487
III.	Luftverunreinigung – § 325 StGB.	492
IV.	Verursachen von Lärm, Erschütterungen und nicht ionisierenden Strahlen – § 325a StGB.	498

V.	Unerlaubter Umgang mit Abfällen – § 326 StGB.	501
VI.	Unerlaubtes Betreiben von Anlagen – § 327 StGB.	522
VII.	Unerlaubter Umgang mit radioaktiven Stoffen und anderen gefährlichen Stoffen und Gütern – § 328 StGB.	531
VIII.	Gefährdung schutzbedürftiger Gebiete – § 329 StGB.	533
IX.	Besonders schwere Umweltgefährdung – § 330 StGB.	537
X.	Schwere Umweltgefährdung durch Freisetzen von Giften – § 330a StGB.	538
XI.	Beschädigung und Zerstörung von Naturdenkmälern – § 304 StGB.	539
XII.	Herbeiführung einer Explosion durch Kernenergie – § 307 StGB.	539
XIII.	Missbrauch ionisierender Strahlen – § 309 StGB.	540
XIV.	Vorbereitung eines Explosions- oder Strahlungsverbrechens – § 310 StGB.	540
XV.	Freisetzung ionisierender Strahlen – § 311 StGB.	541
XVI.	Fehlerhafte Herstellung einer kerntechnischen Anlage – § 312 StGB.	541
XVII.	Herbeiführung einer Überschwemmung – § 313 StGB.	541
XVIII.	Verkehrsdelikte.	542
XIX.	Gemeingefährliche Vergiftung – § 314 StGB.	542
XX.	Strafrechtliche Nebenbestimmungen.	542
XXI.	Umweltrelevante Ordnungswidrigkeiten.	543
XXII.	Konkurrenzen; Rechtsfolgen; Nebenfolgen.	545
XXIII.	Strafbarkeit von Amtsträgern im Umweltrecht.	546
XXIV.	Exkurs: Der Amtsträger als Unternehmer.	546
XXV.	Exkurs: Mitarbeiter – Straftaten im Ausland.	549
E.	Die zweite Hauptfallgruppe: das strafrechtliche Betriebsstättenrisiko.	552
I.	Definition.	552
II.	Betriebsstätte.	554
III.	Risikobeispiele.	555
IV.	Die einschlägigen Rechtsvorschriften.	556
V.	Arbeitszeitgesetz.	557
VI.	Arbeitnehmerüberlassungsgesetz.	559
VII.	Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und der illegalen Beschäftigung.	564
VIII.	Beitragsvorenthaltung – § 266a StGB.	566
IX.	Schwerbehindertenschutz.	570
X.	Bundesdatenschutzgesetz.	571
XI.	Betriebsverfassungsgesetz.	574
XII.	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb.	575
XIII.	Urheberrecht.	576
XIV.	Fahrlässige Brandstiftung.	584
XV.	Korruptionsdelikte.	585
XVI.	Steuergesetze.	632
XVII.	Die Insolvenzverschleppung – § 15a InsO.	654
XVIII.	Strafrechtliche Würdigung des Aktiengesetzes.	661
XIX.	Strafrechtliche Würdigung des GmbH-Gesetzes.	670
XX.	Außenwirtschaftsgesetz und Kriegswaffenkontrollgesetz.	678
XXI.	Subventionsbetrug – § 264 StGB.	685
XXII.	(Submissions-) Betrug.	687
XXIII.	Kartellrecht.	705
XXIV.	Computerkriminalität.	714
XXV.	Telekommunikationsdelikte.	722

XXVI. Kreditbetrug (§ 265b StGB); Bilanzdelikte des HGB	725
XXVII. Weitere Delikte aus dem Betriebsstättenbereich	726
F. Die dritte Hauptfallgruppe: Das strafrechtliche Produktrisiko	743
I. Produktrisiko	745
II. Strafrechtliche Produktverantwortung und zivilrechtliche Produkthaftungspflicht	747
III. Beispiele für Strafverfahren wegen Körperverletzung und/oder fahrlässiger Tötung	756
IV. Beispielfälle aus dem Nebenstraf- und Ordnungswidrigkeitenrecht	791
G. Die vierte Hauptfallgruppe: das Verkehrs- und Verkehrswirtschaftsrisiko	817
I. Abgrenzung Verkehr – Verkehrswirtschaft	817
II. Der verkehrsrechtliche Bereich	818
III. Das Risiko im verkehrswirtschaftlichen Bereich	828
H. Beispiele für übergreifende Risikobereiche	838
I. Betriebsstätten- und Umweltrisiko	839
II. Produkt- und Umweltrisiko	839
III. Verkehrs- und Umweltrisiko	839
IV. Produkt- und Betriebsstättenrisiko	839
V. Betriebsstätten- und Verkehrsrisiko	839
VI. Verkehrs- und Produktrisiko	840
VII. Verkehrs-, Umwelt-, Betriebsstätten- und Produktrisiko	840
Kapitel 9 Die am Strafverfahren Beteiligten	841
A. Die Staatsanwaltschaft und ihre Ermittlungspersonen	841
I. Überblick	841
II. Spezialisierung und Konzentrierung	850
III. Schwerpunkt: Korruption	851
IV. Steuer- und Zollfahndung	858
B. Verdächtiger, Beschuldigter, Angeschuldigter, Angeklagter, Betroffener	860
C. Der Verteidiger	864
D. Verteidigung durch Justitiare und Syndikusrechtsanwälte	871
I. Funktion der Rechtsabteilung im Strafverfahren	874
II. Verfahrensbeendende Absprachen – Der sogenannte »Deal«	876
III. Verbot der Mehrfachverteidigung	880
E. Die Bedeutung des Sachverständigen	883
F. Die Rechte und Pflichten des Zeugen	887
G. Der Ermittlungsrichter	889
Kapitel 10 Das strafprozessuale Szenario im Ermittlungsverfahren	891
A. (Vor)ladung zur Vernehmung	891
B. Die Beweismittel	894
I. Augenschein	895
II. Urkundsbeweis	895
III. Zeuge	897
IV. Sachverständige	900
C. Durchsuchung	901
D. Beschlagnahme	907
E. Dinglicher Arrest	908
F. Untersuchungshaft	909
Kapitel 11 Vorgehensweisen der Ermittlungsbehörden	914
A. Stichwort: Ermittlungsmethode »Bottom-up«	914
B. Stichwort: Ermittlungsmethode »Top-down«	915

Kapitel 12 Der Ablauf eines typischen Ermittlungs- bzw. Strafverfahrens	919
A. Das Ermittlungsverfahren	919
B. Das Zwischenverfahren	928
C. Das Hauptverfahren	930
Kapitel 13 Auswirkungen eines Ermittlungs- oder Strafverfahrens auf Mitarbeiter und Unternehmen	933
A. Negative Publizität – ein Kapitel für sich	936
I. Ausgangslage	937
II. Öffentlichkeits- und Medienarbeit	944
B. Schutzinstrumente gegen Mediendruck	948
I. Standesrechtliche Beschränkungen	949
II. Strafrechtliche Sanktionsnormen	951
C. Innerbetriebliche Auswirkungen	961
I. Reputationsverluste für das Unternehmen	961
II. Reputationsverluste für betroffene Unternehmensangehörige	963
III. Die öffentliche Vorverurteilung	965
IV. Auswirkungen der Berichterstattung von Strafverfahren und Vorverurteilung	967
Kapitel 14 Vorbeugende Maßnahmen	974
A. Aus Unternehmenssicht	974
B. Überlegungen des Staatsanwalts zur Durchführung einer Durchsuchungshandlung	980
C. Rechtsbehelfe gegen Durchsuchungs- und Beschlagnahmemaßnahmen	983
I. Rechtsbehelfe bei der Durchsuchung	983
II. Rechtsbehelfe bei Beschlagnahmemaßnahmen	985
D. Durchsuchung und Beschlagnahme im Unternehmen – Überblick der Eckdaten und aktuellen Rechtsprechung	986
I. Häufigkeit	986
II. Grundsätze der Durchsuchung	987
III. Das deutsche Strafverfahrensrecht kennt zwei Formen der Durchsuchung:	987
IV. Anfangsverdacht – Was ist das?	988
V. Auslöser von Strafverfahren	989
VI. Durchsuchungen in einem Unternehmen sind im Verlauf eines Strafverfahrens immer möglich	994
VII. Intentionen der Zwangsmaßnahmen »Durchsuchung« und »Beschlagnahme« sind:	994
VIII. Herausgabepflicht (§ 95 StPO)	994
IX. Durchsuchung und Verfassung	994
X. Grundmaxime der Durchsuchung ist deren Verhältnismäßigkeit	998
XI. Inhalt des Durchsuchungs- und Beschlagnahmebeschlusses	1001
XII. Gerichtlich angeordnete Durchsuchung ohne anwesenden Richter oder Staatsanwalt	1002
XIII. Anwesenheitsrecht (§ 106 StPO)	1002
XIV. Durchsicht von Unterlagen	1003
XV. Bei der Mitnahme von Unterlagen, die die Ermittlungspersonen bei der Durchsuchung gefunden haben, handelt es sich regelmäßig um eine vorläufige Maßnahme, allgemein Sicherstellung genannt	1003
XVI. Es muss also unterschieden werden zwischen Durchsicht und endgültiger Beschlagnahme. Zur Abgrenzung führt das Bundesverfassungsgericht aus:	1005
XVII. Beschlagnahme (Definition)	1005
XVIII. Rückholungspflicht beschlagnahmter Sachen durch den Betroffenen?	1009
XIX. Ort der Rückgabe beschlagnahmter Sachen	1010
XX. Wer darf Durchsuchungen anordnen?	1010

XXI.	Welcher Richter ist für die Anordnung zuständig?	1011
XXII.	Eine Ausnahme gilt bei Gefahr im Verzug.	1011
XXIII.	Dokumentation der Anordnung einer Durchsuchung (§ 105 Absatz 1 StPO).	1014
XXIV.	Anordnungsformen.	1014
XXV.	Was, wenn der Richter die Durchsuchungsanordnung verweigert?	1015
XXVI.	Die Gerichte müssen einen richterlichen Bereitschaftsdienst vorhalten.	1015
XXVII.	Anordnung einer wiederholten Durchsuchung (herrschende Meinung).	1015
XXVIII.	Zeitliche Gültigkeit einer Durchsuchungsanordnung	1016
XXIX.	Beweisverwertungsverbot	1016
XXX.	Rechtsbehelfe gegen Durchsuchungs- und/oder Beschlagnahmeanordnung, hier: Beschwerde nach § 304 StPO	1019
XXXI.	Rechtsbehelfe gegen Durchsuchungs- und/oder Beschlagnahmeanordnung, hier: Antrag auf richterliche Entscheidung nach § 98 Absatz 2 Satz 2 StPO analog.	1019
XXXII.	Beschwerde begründet, wenn die Anordnung (der Durchsuchung bzw. Beschlagnahme) rechtswidrig ist, wenn diese also beispielsweise nicht erhält:	1019
XXXIII.	Verfassungsbeschwerde	1020
XXXIV.	Das betriebliche Muss: Der Verhaltensplan für den »Fall der Fälle«.	1020
Kapitel 15 Criminal Compliance und vom Unternehmen veranlasste Untersuchungen		1021
A.	Vorbemerkung	1022
B.	Ein Blick zurück	1022
C.	Die den Compliance-Boom auslösende Siemens-Affäre	1025
I.	In Deutschland.	1025
II.	In den USA	1027
D.	Der US-amerikanische Hintergrund für Criminal Compliance.	1028
I.	Strafbarkeit von Unternehmen	1028
II.	U.S. Federal Sentencing Guidelines	1029
III.	Die Erläuterungen zum »FCPA«.	1029
IV.	Prüfung von Compliance-relevanten Gesichtspunkten	1030
V.	Compliance und Strafzumessung.	1030
E.	Criminal Compliance in Deutschland.	1031
I.	Die Ausgangsposition	1031
II.	Das vorhandene Instrumentarium	1033
III.	§ 130 OWiG – Die deutsche Compliance-Grundlage.	1034
IV.	Anregungen durch anglo-amerikanische Compliance-Vorgaben	1039
F.	Criminal Compliance: Warum?	1042
I.	Motivvielfalt	1042
II.	Präventiver und repressiver Einsatz	1043
III.	Beauftragung externer Experten	1043
IV.	Der sogenannte »Unternehmensanwalt«.	1044
G.	Compliance-Maßnahmen-Systeme (CMS)	1047
I.	Bestandsaufnahme	1051
II.	Reaktion	1054
H.	Criminal Compliance-Management-System.	1057
I.	Whistleblowing	1059
II.	Monitoring	1062
III.	Mitarbeiter-Screening	1063
IV.	Anhörung (Auditing).	1065
V.	Chinese Wall	1066

I.	Sogenannte ›Interviews‹ im Rahmen interner Vernehmungen	1066
I.	Der Verfahrensablauf des ›Interviews‹.	1067
II.	Kooperation oder Konfrontation – Das ›Amnestie‹-Angebot	1069
III.	Beschlagnahme und Verwertung von schriftlichen Interview-Protokollen . . .	1079
IV.	In Deutschland ansässiges Unternehmen beauftragt deutsche Rechtsanwälte mit interner Untersuchung. Deren Untersuchungsunterlagen werden durch Staatsanwaltschaft beschlagnahmt.	1087
V.	In Deutschland ansässiges Unternehmen beauftragt einen ausländischen ›Rechtsanwalt‹ mit interner Untersuchung. Dabei angefertigte Unterlagen werden von der deutschen Staatsanwaltschaft beschlagnahmt. Kein Beschlagnahme- und Verwertungsverbot nach Ansicht der Rechtsprechung	1105
J.	Rückblick und Zusammenfassung	1108
I.	Rückblick	1108
II.	Zusammenfassung	1110
	Kapitel 16 Finanzinstitute und Compliance	1113
A.	Das neue Hinweisgeber-System	1114
B.	Was meint ›Whistleblowing?‹.	1115
C.	Ein kurzer Rekurs zur Aufsichtspflicht	1116
D.	Entstehungsgeschichte des geltenden § 25a KWG	1121
E.	Die Bausteine des neuen § 25a Absatz 1 Satz 6 Nr. 3 KWG	1122
F.	Vor- und Nachteile einer institutsinternen Stelle.	1126
G.	Praktische Einführung des Hinweisgeber-Systems.	1128
	Kapitel 17 Schlussbetrachtung.	1129
	Stichwortverzeichnis	1139
	Besprochene Rechtsfälle	1155